



Wir bitten folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss am 26.02.2026 zur Abstimmung zu bringen:

## **TOP 16 - Strategie für digitale Kommunikation und Information in unserer Stadt**

### **Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss möge beschließen:

Es wird ein integriertes Konzept für die digitale Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Eckernförde erarbeitet.

Das Konzept soll folgende Anforderungen berücksichtigen:

#### **1. Soziale Medien**

Die Einbindung sozialer Medien in Anlehnung an das Positionspapier des deutschen Städtetages (s.u.)

#### **2. Kommunale Informations- und Veröffentlichungsplattform**

Die Bereitstellung einer kommunalen Plattform für amtliche Informationen, Termine der Stadtverwaltung, der Politik sowie städtischer Initiativen und Organisationen, relevante Inhalte aus der Stadtgesellschaft.

Die Plattform soll dabei alle Anforderungen an Barrierefreiheit und Datenschutz gewährleisten. Eine Verknüpfungsoption bspw. zu Fahrplanauskunft im ÖPNV, Spottenflotte oder Anzeige freier Parkplätze ist wünschenswert.

Die **ETMG** wird eng in die Beantwortung des Antrages eingebunden. Vor der Sommerpause 2026 ist dem Ausschuss der Stand der Bearbeitung und der weitere Zeitplan zur Umsetzung des Antrages mitzuteilen.

### **Begründung**

Die Anforderungen an kommunale Öffentlichkeitsarbeit haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Der Deutsche Städtetag stellt in seinem im April 2025 beschlossenen Positionspapier klar, dass soziale Medien heute ein unverzichtbarer Bestandteil moderner städtischer Kommunikation sind.

<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2025/positionspapier-social-media-kommunikationsarbeit.pdf>

Sie dienen nicht nur der Information, sondern stärken Transparenz, Bürgernähe, Vertrauen in kommunale Entscheidungsprozesse. Auch in Krisen- und Katastrophenfällen können sie ein zentrales Instrument sein.

Demokratische Teilhabe setzt voraus, dass Bürgerinnen und Bürger zeitnah, verständlich, aktuell und über die Kanäle informiert werden, die sie im Alltag nutzen. Digitale Medien spielen dabei eine entscheidende Rolle – sowohl zur Information über politische Beschlüsse und Verwaltungsmaßnahmen als auch zur Einordnung von Falschinformationen und zur Förderung des Dialogs.

Die Stadt Eckernförde verzichtet in der Kommunikation bislang bewusst auf eine systematische Nutzung sozialer Medien und verweist dabei auf datenschutzrechtliche Bedenken (z.B. Konzept „Haus“ oder MI 70/2025 „Bürgerbudget“). Angesichts der klaren Position des Deutschen Städtetags und der Praxis vieler anderer Kommunen innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins (vergl. z.B. Städte Rendsburg, Schleswig, Kiel etc., Gemeinde Borchen, Etteln) erscheinen diese Herausforderungen jedoch lösbar. Ziel des Konzepts muss es daher sein, rechtssichere, transparente und praktikable Wege für eine zeitgemäße digitale Kommunikation aufzuzeigen.

Neben klassischen Social-Media-Kanälen entstehen bundesweit zunehmend **kommunale Informationsplattformen**, die amtliche Mitteilungen, Nachrichten, Termine und Beiträge von Vereinen, Verbänden oder Initiativen bündeln. Solche Angebote (bspw. Heimat-Info-App, BürgerStimme) können die unabhängige Presse nicht ersetzen, aber als zeitgemäßes städtisches Informationsformat – auch für die Bürgerbeteiligung – eine sinnvolle Ergänzung bieten und insbesondere dort Reichweite erzielen, wo klassische Medien oder gedruckte Formate an Grenzen stoßen. Sie ermöglichen zudem klare Zuständigkeiten und hohe Datenschutzstandards.

Ein zukunftsfähiges Kommunikationskonzept für Eckernförde sollte daher soziale Medien und eine eigene digitale Informationsplattform gemeinsam betrachten und sinnvoll verbinden. Ziel ist eine umfassende, aktuelle und zielgruppengerechte Information der Bevölkerung sowie eine verlässliche Kommunikation auch in Krisensituationen.

Für die Erarbeitung des Konzepts kann die fachliche Expertise der Eckernförder Touristik & Marketing GmbH genutzt werden.

*Für die Fraktion B90 Die Grünen, Stefanie Schulte, Sören Vollert, Matthias Schumacher*